

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Raul Zelik:
Die Wahlen in Spanien



Hinrich Kuhls: Kein Ja
und kein Nein zum Brexit



Wolfgang Lemb:
Neubegründung Europas

Udo Achten: 8-Stunden-Tag
– »Was uns fehlt, ist Zeit«

Forum
Gewerkschaften

Michael Brie:
Für eine linke Regierung



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Wie Deutschland zum Einwanderungsland wurde



Mitte der 1950er Jahre boomte in Westdeutschland die Wirtschaft. In Industrie, Bauwirtschaft und Bergbau zeichnete sich Arbeitskräftemangel ab. Der Arbeitskräftbedarf konnte aus der bundesrepublikanischen Bevölkerung nicht mehr gedeckt werden. Es wurden »Gastarbeiter« angeworben. ...

Hegemonie in der Berliner Republik



Mit einer coolen Grundsatzrede auf dem CDU-Parteitag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Delegierten hinter sich geschart. Wenige Tage zuvor musste SPD-Chef Sigmar Gabriel in Berlin ein miserables Wahlergebnis hinnehmen. Zugleich meldete die Partei ihren Führungsanspruch für die nächste Legislatur an. Kann die Linke davon etwas lernen? ...

Zerfällt Europa?



Die Zahl der Schutzsuchenden in Richtung Europa ist in den letzten Wochen etwas zurückgegangen. Wie das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge UNHCR bekanntgab, wagten im November etwa 140.000 Flüchtlinge die Überfahrt ...

Transatlantische Rechte

Ingar Solty: Donald Trump – ein amerikanischer Faschist? Legitimationskrise, Repräsentationskrise und rechter Populismus in den USA	2
Bernhard Sander: Alles zurück auf Anfang? Nach den Regionalwahlen in Frankreich	8
Meinhardt Creydt: Wie denkt eigentlich Alexander Gauland?	13
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Rechtsdrift in Europa, Alternative für Deutschland und linke Auswege	18

Elektorale Umbrüche

Raul Zelik: Institutionalisierung von PODEMOS? Spanien nach den Wahlen vom 20. Dezember	26
Hinrich Kuhls: Kein Ja und kein Nein zum Brexit Die britischen Konservativen und das EU-Referendum	30
Johannes Schulten: Zurück in die 1990er Jahre. Nach zwölf Jahren Kirchnerismus wählt Argentinien wieder die neoliberale Rechte	37
Uli Cremer/Wilhelm Achelpöhler: Syrien? It's the Bündnisraison, Stupid!	41

Das scheinbar Unwahrscheinliche

Michael Brie: Für eine linke Regierung in Deutschland	47
---	----

Forum Gewerkschaften

Wolfgang Lemb: Business as usual? Der Fünf-Präsidenten-Bericht und die Pläne zur Einrichtung nationaler Wettbewerbsräte	52
Otto König/Richard Detje: Geschäftsmodell Werkvertrag. Merkel zieht Gesetzentwurf zu Leiharbeit und Werkverträgen zurück	56
Udo Achten: Denn was uns fehlt, ist Zeit Zur Geschichte des Achtstundentags	60
Benedikt Hopmann: Streikrecht – aktuelle Fragen am Beispiel eines Arbeitskamps von 1975 (zu Braeg, Erwitte)	65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	59
Veranstaltungen & Tipps	68
Marion Fisch: Dämonen und Wunder (Filmkritik)	69

Supplement

Joachim Bischoff/Norbert Hackbusch/
Björn Radke/Norbert Weber

Finanz-Zombie: Drama HSH Nordbank

Donald Trump – ein amerikanischer Faschist?

Legitimationskrise, Repräsentationskrise und rechter Populismus in den USA

von | Ingar Solty



In der TV-Sendung Jimmy Kimmel Live, 16.12.2015 (Foto: dpa)

Die USA in der Legitimations- und Repräsentationskrise

Im November 2014 gelang den Republikanern in den Zwischenwahlen ein erdrutschartiger Sieg. Dies war verblüffend, weil sie als Partei in den »Exit Polls« noch unbeliebter waren als die Demokraten. Wahlentscheidend war die wirtschaftliche Lage und Unzufriedenheit. Auch in dieser Hinsicht überraschte die Niederlage der Obama-Demokraten angesichts der relativ guten ökonomischen Eckdaten.

Dieses Paradox erklärt sich aus der Tatsache (Solty 2014), dass

- *erstens* die positiven Arbeitsmarktdaten über die Qualität der im Zuge der Wirtschaftserholung seit 2009 entstandenen neuen Beschäftigungsverhältnisse hinwegtäuschen – sechs von zehn nach der Krise entstandenen Arbeitsplätze sind Jobs im Niedriglohnsektor. Zugleich uferf die in der Arbeitslosenstatistik nicht erfasste Teilzeitbeschäftigung aus.
- sich *zweitens* das Wachstum der Einkommens- und Vermögensungleichheit im Rahmen von Obamas austeritätspolitischer Wende und neuen exportorientierten Wettbewerbs- und Wachstumsstrategie (vgl. hierzu näher Solty 2013a: 15-71) noch beschleunigt hat. Beides zusammen trägt zur Erosion der Mittelklassen, zu einem »Piketty-Amerika« bei (Solty 2014: 12f.), in dem nach offiziellen Angaben des *Bureau*

of Labor Statistics heute etwa die Top-25-Hedgefondsmanager mit einem Durchschnittseinkommen von 464,8 Mio. US-Dollar mehr verdienen als alle 158.000 KindergärtnerInnen und VorschullehrerInnen zusammen (*Washington Post*, 28.10.2015).

Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind wiederum die spezifischen Wählerklientele der Demokraten: die unteren Einkommensschichten, in denen Latinos und AfroamerikanerInnen überrepräsentiert sind, sowie die junge (Krisen-)Generation. Gerade für Letztere ist im Zuge der Krise und Austeritätspolitik ein wachsendes Missverhältnis zwischen explodierenden Studiengebühren und stagnierenden Realeinkommen für HochschulabsolventInnen bei gleichzeitig drastisch sinkenden Realeinkommen für NichtakademikerInnen entstanden. Aus Enttäuschung über Obama und angesichts der neoliberalen Wahlalternativlosigkeit enthielt sich die demokratische Kernwählerschaft 2014. Die Republikaner *gewannen* die Wahl nicht, sie wurde von den Demokraten *verloren* (Solty 2014: 16).

Die Exit Polls offenbarten dabei selbst unter den aktiven WählerInnen eine tiefe Legitimations- und Repräsentationskrise, »insofern sich die US-Bevölkerung grosso modo von den beiden (alles) dominierenden Parteien (...) nicht länger vertreten fühlt«. Dabei geht die Distanz zum politischen System noch weit über die beiden Parteien im US-Zweiparteiensystem hinaus, denn »die Exit Polls offenbarten ein Misstrauen hinsichtlich

der Funktionsfähigkeit der bürgerlichen Demokratie insgesamt: Es werden nicht nur beide politischen Parteien abgelehnt, sondern alle politischen Institutionen, darunter der Kongress (78% Ablehnung) und das Präsidentenamt.« So glaubten etwa nur zwei von zehn WählerInnen, dass »die Regierung in Washington ›richtig‹ oder ›meistens richtig‹ handelt; 79% sagen, sie trauen der Regierung nur ›manchmal‹ oder ›nie‹« (ebd.: 11).

Repräsentationskrise und Populismus

Wie artikuliert sich eine solche Repräsentations- und Legitimationskrise politisch? In ihnen schlägt die Stunde des Populismus, der geschichtsoffen nach links und nach rechts ausschlagen kann. In Mehrparteiensystemen mit Proporzwahlrecht wie in weiten Teilen von Kontinentaleuropa begünstigen Repräsentations- und Legitimationskrisen den Aufstieg von neuen populären Links- und Rechtsparteien (vgl. Solty/Gill 2013). Unter den Bedingungen des US-Mehrheitswahlrechts, das das System der weitgehend diskreditierten zwei Parteien (Republikaner und Demokraten) zementiert und den Aufstieg von neuen Parteiformationen behindert, führen solche politischen Krisen dagegen eher zum Aufstieg von »populistischen« Anti-Establishment-PolitikerInnen auf dem Ticket der etablierten Parteien (Solty 2008).

In der Popularität der populistischen Politiker drückt sich die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System aus. Die »Establishment«-Kandidaten – in den USA: Jeb Bush bei den Republikanern und Hillary Clinton bei den Demokraten – werden in den innerparteilichen Vorwahlkämpfen an der jeweiligen Parteibasis mit viel Skepsis betrachtet. Die *ZEIT* (12.9.2015) brachte den antielitären Geist und Gegensatz zwischen populistischen und Establishment-Kandidaten auf die passende Formel: »Authentizität vs. Retortenkandidaten«.

Die Wahrnehmung einer abgeschotteten Washingtoner Macht-Elite wird dabei durch die quasi-dynastische Qualität der US-Politik verstärkt. Führt man sich vor Augen, dass ja auch schon 2007/08 die Kandidatenkür von Barack Obama im Skript der Drittwegs-Parteiliten im »Democratic Leadership Council« nicht vorgesehen gewesen war und der charismatische Obama nur aufgrund der allgemeinen Kriegsmüdigkeit und Wechselstimmung gegen Clinton gewinnen konnte, dann ergibt sich ein Bild, das viele WählerInnen eher an eine Bananenrepublik oder nordkoreanische Thronfolgen erinnert: Bush I (1989-1993), Clinton I (1993-2001), Bush II (2001-2009), Obama und Fast-Clinton II (2009-2017), Clinton II oder Bush III (2017ff.).

Ein amerikanischer Faschist?

Der Populismus als Folge der neoliberalen Legitimations- und Repräsentationskrise nimmt auf der linken Seite die Gestalt des klassischen Linkssozialdemokraten und wichtigsten Clinton-Herausforderers Bernie Sanders an. Auf der rechten Seite der Republikaner führt die politische Krise zu einem starken innerparteilichen Rechtsruck. Dieser manifestierte sich insbesondere im Rücktritt John Boehners als Fraktionsvorsitzender der Republikaner im Abgeordnetenhaus Ende September 2015 und

seine anschließende Ersetzung durch den Marktradikalen Paul Ryan sowie im immensen Erfolg des populistischen Präsidentschaftskandidaten und Milliardärs Donald Trump, der – zulasten des abgeschlagenen, bürgerlich-medialen Präferenzkandidaten Bush – seit fünf Monaten im Grunde in allen Umfragen das republikanische Feld anführt.

Anfänglich nahmen Medieneliten jenseits und diesseits des Atlantiks den Aufstieg des trampelig-demagogischen Trump noch mit einer Mischung aus Entsetzen und Amüsement zur Kenntnis. Tatsächlich erscheint selbst George W. Bush im Vergleich zu ihm als gemäßigt-konservativer Intellektueller.

Trump machte jedenfalls früh durch radaurassistische und gruppenbezogen-menschenfeindliche Äußerungen auf sich aufmerksam. So pöbelte er schon kurz nach der Bekanntgabe seiner Kandidatur im Juni gegen mexikanische Einwanderer (»Sie schicken uns nicht ihre Besten. Sie schicken uns Drogen und sie bringen Kriminalität. Sie sind Vergewaltiger und ja, ich schätze, es gibt unter ihnen auch einige gute Leute.«) und fiel immer wieder durch sexistische Ausfälle auf.

Waren manche dabei geneigt, Trumps diskriminierende Äußerungen als Geschmacklosigkeiten eines Anti-PC-Clowns abzutun, so zeigte sich rasch, dass hinter diesen Aussagen ein politisches Programm mit stark faschistischen Zügen steht, und dass Trump nicht trotz, sondern *wegen* seiner ressentimentgetriebenen Stereotypen und einfachen »Lösungen« für komplexe politische Fragen reüssiert. Dies zeigte sich besonders im Hinblick auf Fragen der von ihm stets vermengten Zuwanderung, Inneren Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. So forderte Trump im November 2015, die rund elf bis zwölf Millionen undokumentierten Einwanderer, die Obama per Exekutivanordnung einbürgern will, durch eine »deportation force« aufzustöbern, in Gefängnissen und Lagern zu konzentrieren, um sie dann systematisch abzuschicken (*New York Times*, 12.11.2015). Außerdem forderte er nach den terroristischen Anschlägen von Paris vom 13. November die Erstellung einer Datenbank mit allen Muslimen in den USA (was ihm Vergleiche zu den Nürnberger Rassegesetzen der Nazis einbrachte) und die verdachtsunabhängige Totalüberwachung aller Muslime und Moscheen. In der Flüchtlingsfrage bezeichnete Trump ferner die syrischen Kriegsflüchtlinge, die ja in Wahrheit vor dem Terror der islamischen Daesh-Fundamentalisten fliehen, als »trojanische Pferde«, weshalb die USA, die für die Kriegsverheerungen im Mittleren Osten immerhin die Hauptschuld tragen (Solty 2016), keine aufnehmen sollten (*NYT*, 13.11.2015).

Nach dem terroristischen Anschlag eines mutmaßlichen IS-Sympathisanten und seiner Ehefrau in einer Behinderten-Einrichtung im kalifornischen San Bernardino am 2. Dezember ging Trump sogar noch einen Schritt weiter in Richtung Faschismus, als er per Pressemitteilung das »totale und vollkommene Einreiseverbot für Muslime in die USA«, d.h. für 1,6 Mrd. Angehörige der zweitgrößten Weltreligion forderte (*CNN*, 7.12.2015). Dabei ignorierte er vollkommen, dass der Täter, der an seiner Arbeitsstelle schoss, in den USA geboren worden und aufge-

Ingar Solty ist Wiss. Mitarbeiter am Fachbereich Politikwissenschaft der York University in Toronto. Letzte Buchveröffentlichung: »Die USA unter Obama: Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise« (2013).

wachsen war und sich ebendort radikalisiert hatte, weshalb auch der FBI-Präsident James B. Comey richtigerweise von »homegrown violent extremists (...) inspired by foreign terrorist organizations« sprach.

Diese letzte Forderung führte zu harscher Kritik. Nicht nur die Establishment-Republikaner wie Bush, Fiorina, Marco Rubio, Lindsey Graham und John Kasich gingen auf Distanz, sondern auch der extrem rechte Tea-Party-Vertreter Cruz (»Das ist nicht meine Politik«). Der demokratische Präsidentschaftskandidat Martin O'Malley bezeichnete Trump offen als »faschistischen Demagogen«; auch die *New York Times* und andere US-Zeitungen bedienten sich des F-Wortes, während der USA-Korrespondent des Spiegel, Marc Pitzke (*Spiegel Online*, 9.12.2015), kommentierte: »Trump bedient sich der Mechanismen des Faschismus«: »Personenkult, Opfermentalität einer frustrierten Mittelklasse, Verschwörungswahn, Anti-Intellektualismus, plumpe Sprache (...), paramilitärisches Gehabe, Nationalismus, Rassismus, Entmenschlichung einer ganzen angeblichen ›Täter‹-Gruppe samt Gewaltappellen gegen diese Gruppe«. Man könne, man müsse das »endlich aussprechen«.

Dabei macht Trumps faschistische Rhetorik nicht nur dieses Gedankengut salonfähig, sondern sie hat bei seinen Wahlkampfauftritten immer wieder auch direkte Gewalt gegen Schwarze und andere Minderheiten zur Folge und steht im Kontext einer allgemeinen Zunahme von fast täglichen Gewalttaten gegen Muslime und Angriffen auf Moscheen. Entsprechend betonte der Vorsitzende des Rats für Amerikanisch-Islamische Beziehungen, Nihad Awad, Trump gliche »eher dem Anführer einer zur Lynchjustiz bereiten Menge als dem eines großen Landes wie unserem« (*Spiegel Online*, 8.12.2015). Trump wiederum verharmlost wiederholt politische Gewalt seitens seiner Anhänger.

Seine Abschottungsforderung verteidigte Trump später damit, dass es nur um eine zeitweilige Maßnahme gehe, »bis die Repräsentanten unseres Landes herausgefunden haben, was los ist«, und verwies ferner auf die – in seinen Augen offenbar harmlose und legitime – Praxis der »Internierungslager«, in denen die US-Regierung im Zweiten Weltkrieg verdachtsunabhängig und ohne Anklage deutsch-stämmige, italienisch-stämmige und japanisch-stämmige US-Amerikaner als »innere Feinde« gefangen hielt (*ABC*, 8.12.2015). Trump betonte dabei, man müsse herausfinden, wie Menschen dazu kämen, Anschläge wie die vom 11. September 2001 zu begehen. Dass seine polarisierenden Äußerungen und ihre Umsetzung in Ausgrenzungs-, Überwachungs- und Rasterfahndungspolitik die Terrorgefahr durch radikalisierte Muslime in den USA dramatisch befördern würde, ignoriert seine Politik, in deren Zentrum nicht die ernsthafte Bemühung um ein Verständnis des islamischen Fundamentalismus als Nährboden des Dschihadismus (geschweige denn des christlichen Fundamentalismus als Nährboden von terroristischen Anschlägen auf Abtreibungskliniken in den USA oder auf Kinder linker Politiker wie bei Breivik in Norwegen etc.) steht, sondern das nackte Ressentiment. Insofern Trump dieses Ressentiment aber mit seiner subjektiv ohnmächtigen Anhängerschaft als psychisches Ventil teilt, werden dementsprechend auch die Reaktionen der moderaten Mehrheit unter den drei Millionen Muslimen keine Wirkung erzielen. Wenn sie unter

den Hashtags #STOPtheHate und #MuslimAmerican Beispiele für muslimische US-Amerikaner auf Twitter und Facebook posten, die als »vereidigte Menschen im Dienst dieser großartigen Nation« – in der US-Armee, bei der Luftwaffe, bei der Kriegsmarine oder der Polizei etc. – »ihr Leben einsetzen, um andere unabhängig von ihrem Glauben, ihrer Religion, ihrer Rasse, ihrer Ethnizität oder Geschlechts zu schützen«, dann wird diese Loyalitätsbekundung den antimuslimischen Rassismus ebenso wenig zurückdrängen, wie es die Bekundungen der deutschen Juden taten, die sich gegen die Vorwürfe der Vaterlandszerstörung seitens der radikalen Nationalisten auf ihren »Dienst fürs Vaterland« im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 oder den Ersten Weltkrieg beriefen.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wird Trump auch vom US-Empire-Politikestablishment als Bedrohung ernst genommen: Gegen Trumps Abschottungsforderung positionierte sich nicht nur der nationale Sicherheitsberater Ben Rhodes, sondern in einer seltenen Stellungnahme auch und sogar das Pentagon: »Alles, was ISILs Narrativ stärkt, indem es die USA und den muslimischen Glauben in einen Gegensatz bringt, widerspricht nicht nur absolut unseren Werten, sondern steht auch im Gegensatz zu unserer nationalen Sicherheit.« (*BBC*, 8.12.2015) Tatsächlich spielt Trump der Terrororganisation ISIL in die Hände, weil die Polarisierung der »westlichen« Gesellschaften in eine islamfeindliche Mehrheit, die die islamische Minderheit unter Generalverdacht stellt und entsprechend unterdrückt, zur Kernstrategie von ISIL gehört. Seine Vordenker gehen davon aus, dass nur eine solche islamfeindliche Diskriminierungspolitik gegen die muslimische Minderheit und entsprechend starke Spannungen zwischen den Nichtmuslimen und Muslimen in den westlichen Gesellschaften Letztere dazu führt, mit ISIL zu sympathisieren. Die Rhetorik und Politik der rechten Islamfeinde im »Westen«, die sich auf einen gesellschaftlich mittlerweile tief verwurzelten antimuslimischen Rassismus stützt, der für die Kriege im Mittleren Osten eine Voraussetzung war, so wie Rassismus eben immer eine Voraussetzung für Kriegsführung ist, sei dies nun der Antislawismus der Nazis für den Vernichtungskrieg im Osten oder der antischarze Rassismus der Kolonialimperien Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Portugal oder Spanien, wird damit zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung: Die antimuslimischen Rassisten und der islamfundamentalistische Dschihadismus bedingen sich gegenseitig und sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Trumps Anziehungskraft entschlüsseln

Nichtsdestotrotz blieb Trump unangefochtener Umfragekönig in den republikanischen Vorwahlen. Erst als er Ende November 2015 einen behinderten Journalisten der *New York Times* übel diskriminierte, verlor er plötzlich mehr als zehn Prozentpunkte an Zustimmung. Dennoch lag er im Durchschnitt aller Umfragen der ersten Dezemberhälfte weiter mit 33,0% knapp 17 Prozentpunkte vor Cruz (16,1%), Rubio (12,6%) und Carson (12,0%) und dem abgeschlagenen Bush (4,0%) (*RealClearPolitics*, 18.12.2015). Entsprechend stellt sich die Frage: Woher rührt eigentlich die Anziehungskraft von Donald Trump? Was genau ist das Populäre an seinem rechten Populismus?

Die Ursachen von Trumps Popularität sind nur bedingt, wie oft kolportiert, in der Wirkungsweise der staatlichen und privatkapitalistischen Medien zu suchen. Seine Popularität ist keine Aberration, keine bloße Frage der Kommunikation, sondern sie hängt mit seiner gesellschaftlichen Anziehungskraft und der Plausibilität seiner sozialen Deutungsmuster zusammen. Auf die sozialpsychologische Bedeutung des (antimuslimischen) Rassismus wurde bereits hingewiesen. Aber was sind die Ursachen für das gesellschaftliche Bedürfnis nach Fremden-, Frauen- und Menschenfeindlichkeit? Dieses ist erklärungsbedürftig, gerade weil diese ideologischen Formen (nur) in sehr spezifischen historischen Situationen und Konstellationen florieren, konkret: In kapitalistischen Krisen, die gesellschaftliche Verteilungskrisen sind.

Es gehört zum allgemeinen Wesen des rechten Populismus und Faschismus, dass er auf der konformistischen Unterwerfung v.a. der »kleinbürgerlichen Mitte« unter die Marktideologie beruht (Butterwege 2008: 22-51). Vor dem Hintergrund einer allgemeinen neoliberalen Prekarisierung führt die Krise in Gestalt von sozialem Abstieg oder realen Abstiegsängsten zum Scheitern dieser individuellen Anpassungsstrategie und zu subjektiver Handlungsunfähigkeit (Lühr 2011). Diese gesellschaftlich-ökonomische Ohnmacht und subjektive Machtlosigkeit (Hentges et al. 2008: 115-20), dieser »Angstrohstoff« (Oskar Negt) ist der Nährboden für Ausgrenzungsideologien: für Sozialdarwinismus, Wohlstandschauvinismus und das Denken in »Etablierten-Vorrechten« (Heitmeyer 2005). Aus diesem Grund kann auch ein Antifaschismus, der nur auf Ausgrenzung der radikalen Rech-

ten (inklusive Parteienverboten), auf den moralisch erhobenen Zeigefinger und auf Aufklärung über die Wirkungsweise rechts-extremer Argumentationen und Demagogie zielt, nicht funktionieren, weil er die gesellschaftlichen Ursachen von rechtem Populismus und Faschismus als rechte Versuche, wieder Handlungsfähigkeit zu erlangen, übergeht. Es handelt sich bei dieser Art Politik um einen hilflosen Antifaschismus, den ohnmächtigen Antifaschismus der Eliten. Gegen die extreme Rechte hilft letztlich nur ein politisches Programm von Gewerkschaften, politischen Parteien und anderen Bewegungen der Subalternen, das an den gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus ansetzt, indem es die Behebung der grassierenden gesellschaftlichen Ohnmacht (durch gewerkschaftliche Organisation und Streikmobilisierung, soziale Bewegungsmobilisierung, parteiliche Angebote etc.) in den strategischen Mittelpunkt rückt. Kurzum, es bedarf, um den Antifaschismus aus seiner Hilflosigkeit zu befreien, eines gegenmächtigen Antifaschismus, der nicht-ausgrenzende, kollektiv-solidarische Wege der Wiedererlangung von Handlungsfähigkeit aufzeigt (Soltz 2015).

Allerdings erklärt sich der Erfolg des rechten Populismus von Trump nicht allein durch seine – Ressentiments und autoritäre Bestrafungsphantasien bedienende – »freie Schnauze«. Trumps innerparteiliche Anziehungskraft steht auch im Zusammenhang mit einer starken bonapartistischen Tendenz infolge der tiefen Repräsentations- und Legitimationskrise. Der entscheidende Punkt ist: Die AnhängerInnen von Rechtspopulismus und Faschismus werden oft durch äußere Umstände wie die gegenwärtigen Krisen-Verteilungskämpfe und den entspre-



**Halt Deine
Presse!**

junge Welt
abonnieren.

www.jungewelt.de/abo
Abotelefon: 0 30/53 63 55-80/-81/-82

chenden Druck, der auf ihnen lastet, schlagartig politisiert und von den konservativ-liberalen Parteien, die sie bisher führten, entfremdet. Antonio Gramsci hat solche historischen Phasen als »Interregna« bezeichnet (vgl. Solty 2013b).

Eine Folge der raschen Politisierung unter den Bedingungen eines Interregnums ist allerdings – gerade wenn starke alternative Deutungsmuster von links fehlen – ein naives krisenliberalistisches Politikverständnis. Diesem zufolge ist den alten Politikern, dem korrupten »Establishment«, der »abgehobenen politischen Klasse« etc., nicht mehr zu trauen. Weil aber die Einsicht in die komplexe Systematik des Kapitalismus und kapitalistischen Staates fehlt, erscheint es diesem krisenliberalistischen Politikverständnis so, als ob es bloß neuer, ehrenwerter, ehrlicher PolitikerInnen bedürfe, die stellvertretend für einen selbst »Politik fürs Volk« machen (ebd.). In dieser »Politik« der einfachen Antworten und Lösungen für komplexe Probleme und politische Kämpfe wird grundsätzlich nicht verstanden, dass der Staat kein autonomes Werkzeug in den Händen derjenigen ist, die ihn kontrollieren, sondern dass der Staat im Kapitalismus ein spezifisch-kapitalistischer Staat ist, in dem sich Kräfteverhältnisse der Klassen verdichten (Poulantzas 2002) und in den staatlichen Apparaten zu politischen Projekten gerinnen.

Das krisenliberalistische Politikverständnis hat aber zur Folge, dass Trump von breiteren subalternen Volksmassen nicht vergöttert wird, *obwohl* er – im Gegensatz zu ihnen selbst – superreich ist, sondern *weil* er superreich ist. Dabei geht es nur gelegentlich darum, dass sein – vor allem geerbter und mit Staatsunterstützung zustande gekommener – Reichtum unter Leuten, die den Unterschied zwischen Privatunternehmen und dem Staat nicht kennen, als Ausdruck für wirtschaftliche Kompetenz missverstanden wird. Vielmehr resultiert seine Anziehungskraft vor allem daraus, dass in einem weitgehend als korrupt wahrgenommenen politischen System sein Privatvermögen seine Nichtkäuflichkeit durch die Lobby-Unternehmen auf Washingtons »K

Street« unterstreichen soll. Weil dieser Typus »(geld-)aristokratischer« Politiker es nicht nötig habe, berufspolitisch im Weberschen Sinne »von der Politik« zu leben (oder sich gar in der Politik zu bereichern), sondern »für die Politik« zu leben vermag, könne er »etwas bewegen«, den »Stillstand« in Washington aufheben. Damit ist Trump für die USA in dieser Hinsicht das, was die Populisten Frank Stronach für Österreich, Silvio Berlusconi für Italien und Guttenberg für Deutschland gewesen sind: Projektionsflächen für die subalterne Sehnsucht nach charismatischen, autoritären Führern, die jenseits der scheinbar dysfunktionalen »Quatschbude« eine Politik des Reinmachens betreiben (»Make America Great Again«). Dies gehört zum faschistischen Moment in Trumps Politik.

Das Entscheidende bei dieser populären Politikauffassung ist dabei die Delegation von politischem Willen und Handlungsfähigkeit: Hinter dem populären Bonapartismus steckt das Bedürfnis, auch im Zeichen der Krise und eines Interregnums sein Privatleben so weiterleben zu können wie bisher, ohne selber gewerkschaftlich und politisch zur Verteidigung der eigenen Interessen aktiv werden zu müssen. Trump wählen allein soll das aus den Fugen geratene Amerika richten, die Angst vor dem Abstieg und der Unsicherheit abwenden. Aus diesem Grund kann es Trump auch wenig anhaben, wenn er in schonungsloser Offenheit die Gepflogenheiten des politischen Spiels offenlegt, wie z.B. während der republikanischen Fernsehdebatte von Anfang August, als ihn der Fox-News-Moderator kritisierte, er habe als Republikaner ja auch Demokraten wie Hillary Clinton und Nancy Pelosi Geld gespendet, woraufhin Trump in seinem Konter eine Lehrstunde in der »Angewandten Instrumentalistischen Staatstheorie« zum Besten gab: Clinton und Pelosi hätten sein Geld nicht aus politischen Gründen bekommen, sondern für »wirtschaftliche Gefälligkeiten«: »When you give money to candidates, they'll do whatever the hell you want them to do.« Tatsächlich spricht Trump hier nur aus, was sowieso alle wissen oder denken: Politik ist käuflich, aber ein »broken system« könne vielleicht gerade ein Führer wie Trump »fixen«, eben weil er es vermeintlich nicht nötig habe, käuflich zu sein.

Krieg – Terror Flucht

Ingar Solty **Die »Flüchtlingskrise« und der globale Kapitalismus** ★ Lothar Elsner **Marx, Engels und Lenin über Arbeiterwanderung im Kapitalismus** ★ Tom Vickers **Geflüchtete, Kapitalismus und der Staat** ★ Sabine Lösing **Afrika im Visier deutscher und europäischer Militär- und Interessenpolitik** ★ Claus Schreier **Alternativen zur Festung Europa** ★ Cornelia Kerth **Flüchtlinge Willkommen! Eine Herausforderung auch für Antifaschist_innen und Friedensbewegung** ★ EVG Berlin **Wer gegen Flüchtlinge hetzt, hat in der Gewerkschaft nichts verloren**

Weitere Themen u. a.:

Uri Avnery **»Internationalen Terrorismus« gibt es nicht** | Hans Christoph Stoodt **Die Solidarität mit dem Kampf Palästinas ist nicht verhandelbar** | Klaus Wagener **Krieg in Syrien »Neuordnung« des Nahen/Mittleren Ostens** | Peter Mertens **Den IS finanziell trockenlegen** | Anne Rieger **Zum Gewerkschaftstag der IG Metall** | Bernd Müller **Weltklimavertrag kaum in Sicht** | Domenico Moro **Die Tendenz des Westens zum Krieg und der islamische Radikalismus** | Herwig Lerouge **Gramsci und die griechische Krise** | Kurt Baumann **Die Faschismusanalyse der KPD(O)** | Robert Steigenwald **Zum 90. Geburtstag von Hermann Klenner** | Meike Bohn **Hacks und die Frauen**



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

**Neue
Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-23 67 57

Grundsätzlicher Unterschied von rechtem und linkem Populismus am Beispiel Bernie Sanders

Der linke Populismus des 1941 in eine polnisch-jüdische Familie von Holocaustflüchtlingen und -überlebenden geborenen Bernie Sanders ähnelt dem von Trump in einer Hinsicht. Beide erscheinen als unabhängig – nur mit einem feinen Unterschied: Sanders, der seit 1991 als einziger Parteiloser im US-Kongress sitzt, verzichtet konsequent auf SuperPACs mit dem Geld von Banken, Konzernen und Großvermögenden und operiert finanziell auf der Basis von bislang zwei Millionen Kleinspendern, die im Durchschnitt unter 50 US-Dollar spendeten, während Trump schon zur Bourgeoisie gehört und deshalb auf Spenden aus seiner eigenen Klasse verzichten kann.

Die Ähnlichkeiten enden damit aber schon. Zunächst unterscheidet sich Sanders' Populismus von dem Trumps politisch-programmatisch. Seine Plattform ist seit Jahrzehnten konsequent linkssozialdemokratisch. Der linke Populismus unterscheidet sich vom rechten diametral aber auch politisch-strat

teigisch, durch seine grunddemokratische Orientierung – dadurch, dass er nicht an die Führertheorie glaubt, mehr noch: dadurch, dass er die Führersehnsucht konsequent als Illusion zerstreut. So geht Sanders als Linker klassisch davon aus, dass – wie es in der »Internationale« heißt – »uns kein höh'eres Wesen« rettet, »kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun«, sondern dass wir das eben »selber tun« müssen.

Für Bernie Sanders gehört dabei die zuvor skizzierte materialistische Staatsauffassung zur Quintessenz seines Politikan-satzes. In seinen Reden betonte er immer wieder, dass es nicht darauf ankomme, einfach nur einen popularen Antiestablishment-Kandidaten wie ihn ins Weiße Haus zu wählen, sondern dass auch er ohne soziale Bewegungen und Kämpfe von unten nichts im Sinne der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit verändern könne. Diese realistische Einschätzung des vermachteten Terrains und der »strategischen Selektivität« (Jessop 2002: 40) im Staat brachte er Mitte August 2015 während einer Rede in Clear Lake in Iowa zum Ausdruck, als er in einer einzigen Minute *seine* Variante der (instrumentalistisch-)materialistischen Staatstheorie zum Besten gab: »Und jetzt lassen Sie mich Ihnen etwas sagen, das Sie von keinem anderen Präsidentschaftskandidaten hören werden. Und das ist: Ganz gleich, wen Sie zum Präsidenten wählen werden, diese Person wird nicht in der Lage sein, die enormen Probleme, mit denen die arbeitenden Familien in diesem Land zu tun haben, zu lösen. Sie wird keinen Erfolg haben, weil die Macht des Konzerne-Amerikas, die Macht der Wall Street, die Macht der Kampagnenfinanciers so riesig ist, dass kein Präsident alleine gegen sie etwas ausrichten kann. Das ist die Wahrheit. Die Leute mögen sich unwohl fühlen, sie zu hören, aber das ist die Wirklichkeit. Und aus diesem Grund sagt diese Kampagne laut und deutlich: Es geht nicht darum, Bernie Sanders zum Präsidenten zu wählen; es geht stattdessen darum, eine politische Graswurzelbewegung in diesem Land auf die Beine zu stellen.«

Wie gefährlich ist Trump?

Obschon Trump seit knapp fünf Monaten unangefochtener Umfragekönig ist, hat er keinerlei Rückhalt im Parteiestablishment. Mehr noch: Bislang hat sich noch kein einziger republikanischer Parlamentarier öffentlich zu ihm bekannt. Jodi Dean hat betont, dass die Republikanerelite Trump nicht leiden könne, weil er zwar wie sie selber für das Prinzip steht, dass »in einer Plutokratie die Plutokraten das Sagen haben«, was bedeutet, dass »[d]ie, die Geld haben, gewinnen, die, die kein Geld haben, verlieren. Die Sieger dürfen tun, was sie wollen. Den Verlierern wird ange-tan.« Die Republikanerelite nehme Trump allerdings übel, dass er diese Wahrheit nicht, wie sie selber, »unter der USA-Fahne und dem Fötus versteckt«, sondern diese beiden Elemente »für seine Wahrheitspolitik nebensächlich« seien (Dean 2015).

Es gibt jedoch noch einen weiteren, ganz entscheidenden Grund, warum das US-Establishment Trump und die anderen Rechtspopulisten wie Ted Cruz fürchtet und warum für sie klar ist, dass Trump oder Cruz niemals Präsident werden dürfen: Dieser Grund ist, dass sie als rechte Nationalisten mit isolo-nistischen Tendenzen (teilweise) mit dem parteiübergreifen-den Elitenkonsens brechen, dass die USA ein Empire sind, das

den globalen Kapitalismus notfalls militärisch durchsetzt und aufrechterhält. So sagte Trump während der republikanischen Fernsehdebatte vom 15. Dezember in Las Vegas: »Wir haben vier Billionen Dollar ausgegeben, um verschiedene Leute zu stürzen. Ehrlich gesagt, wären sie noch im Amt und hätten wir die vier Billionen dafür ausgegeben, um in den USA unsere Straßen, Brücken und all unsere anderen Probleme, unsere Flughäfen zu reparieren, dann ginge es uns heute weitaus besser (...). Wir haben nicht nur dem Mittleren Osten, sondern der ganzen Menschheit, den Menschen, die getötet wurden, den Menschen, die einfach ausgelöscht wurden, einen schlechten Dienst erwiesen. Und für was? Es ist ja nicht so, als ob wir gesiegt hätten. Es ist ein Chaos. Der Mittlere Osten ist komplett destabilisiert, ein totales und vollkommenes Chaos. Ich wünschte, wir hätten diese vier oder fünf Billionen.«

Die Hoffnungen der republikanischen Parteilite ruhten vor diesem Hintergrund zunächst auf Bush und mittlerweile auf Marco Rubio. Dies macht sich zwar bislang auch nur bedingt in den Umfragen bemerkbar; aber schon bei den Präsidentschaftswahl 2012 erwies sie sich als sehr effektiv, den an der Tea-Party-dominierten Parteilinie verhassten Mitt Romney als republikanischen Kandidaten durchzusetzen (vgl. Solty 2013a: 241-50). Auch aus diesem Grund gilt: Aus antiimperialistischer Perspektive ist die Konzentration der Aufmerksamkeit auf Trump nicht nur förderlich, verdeckt sie doch den außenpolitischen Neokon-servatismus, der droht, wenn einer der Elitenkandidaten sich zum Schluss durchsetzt, sei das nun Clinton, Bush oder Rubio.

Literatur

- Bischoff, Joachim/Gauthier, Elisabeth/Müller, Bernhard (2015): Europas Rechte. Das Konzept des »modernisierten« Rechtspopulismus, Hamburg.
- Butterwegge, Christoph (2008): Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus, in: ders./Gudrun Hentges (Hrsg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut, Opladen, 11-78.
- Dean, Jodi (2015): Donald Trump is the Most Honest Candidate in American Politics Today, *In These Times* (online), 12.8.
- Heitmeyer, Wilhelm (2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände 3, Frankfurt a.M., 13-34.
- Hentges, Gudrun/Flecker, Jörg/Balazs, Gabrielle (2008): Potenziale politischer Subjektivität und Wege zur extremen Rechten, in: Butterwegge et al. 2008, 103-42.
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*, Cambridge et al.
- Lühr, Thomas (2011): *Prekarisierung und »Rechtspopulismus«*, Köln.
- Müller, Bernhard (2013): *Erosion der gesellschaftlichen Mitte*, Hamburg.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie*, Hamburg.
- Solty, Ingar (2008): »The Road Not (to Be) Taken: Why Is There No Linkspartei in the USA«, *Capital & Class* 94, 32:1 (March), 49-70.
- Solty, Ingar (2013a): *Die USA unter Obama*, Hamburg.
- Solty, Ingar (2013b): *The Crisis Interregnum*, in: *Studies in Political Economy* 91 (Spring), 87-114.
- Solty, Ingar (2014): *Zwischenwahlen im Ungleichheitskapitalismus*, in: *Sozialismus*, 41: 12, 9-16.
- Solty, Ingar (2015): *Gesellschaftliche Ursachen: Ohnmächtiger und gegenmächtiger Antifaschismus*, in: *Neues Deutschland* (Online), 19.10.
- Solty, Ingar (2016): *Europäische »Flüchtlingskrise« und globaler Kapitalismus*, *Marxistische Blätter*, H. 1 (i.E.).
- Solty, Ingar/Gill, Stephen (2013): *Krise, Legitimität und die Zukunft Europas*, *Das Argument* 301, 55: 1-2, 82-94.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

